

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionslokal: Friedrichsallee 10/11
Telefon-Nr. 11111
Schiffstraße 2, Postfach 100/101
Dresden-K. 1, Kartenpost 34/48

Bestellungspreis für ein Jahr 120 M., für sechs Monate 60 M., für drei Monate 30 M., für einen Monat 10 M. (unverbindlich). Einzelhefte 3 M. (unverbindlich). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlage entgegen.

Druck u. Verlag: Rudolf & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 1048
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung des Verlags (Dresden, Rudolf & Reichardt)
Schreibweise: keine Aufsätze

26.0	0
27.0	0
28.0	0
29.0	0
30.0	0
31.0	0
32.0	0
33.0	0
34.0	0
35.0	0
36.0	0
37.0	0
38.0	0
39.0	0
40.0	0
41.0	0
42.0	0
43.0	0
44.0	0
45.0	0
46.0	0
47.0	0
48.0	0
49.0	0
50.0	0
51.0	0
52.0	0
53.0	0
54.0	0
55.0	0
56.0	0
57.0	0
58.0	0
59.0	0
60.0	0
61.0	0
62.0	0
63.0	0
64.0	0
65.0	0
66.0	0
67.0	0
68.0	0
69.0	0
70.0	0
71.0	0
72.0	0
73.0	0
74.0	0
75.0	0
76.0	0
77.0	0
78.0	0
79.0	0
80.0	0
81.0	0
82.0	0
83.0	0
84.0	0
85.0	0
86.0	0
87.0	0
88.0	0
89.0	0
90.0	0
91.0	0
92.0	0
93.0	0
94.0	0
95.0	0
96.0	0
97.0	0
98.0	0
99.0	0
100.0	0

v. Neurath berichtet dem Reichskabinett Einmütige Billigung seiner Haltung in Genf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Sept. Das Reichskabinett trat am Donnerstagmorgen zu der angekündigten außenpolitischen Besprechung zusammen, in der der aus Genf zurückgekehrte Reichsaußenminister v. Neurath zunächst einen Überblick über die Lage gab, wie sie sich seit der Weigerung Frankreichs, Deutschland die Gleichberechtigung zuzugestehen, herausgebildet hat. An die Darlegungen des Außenministers schloß sich eine eingehende Aussprache, in der auch die in Genf eingenommene Haltung des Außenministers einmütige Billigung der Rabinetsmitglieder fand. Die Besprechungen werden am Freitag fortgesetzt werden.

einer optischen Täuschung zum Opfer gefallen. Davon kann schon, soweit es sich um die Mitglieder der deutschen Regierungsdelegation handelt, deshalb keine Rede sein, weil ja Herriot nur dem, was er am Sonntag für Frankreich festlegte, nicht das geringste zurückgenommen hat.

Ein bestimmter Termin für die Rückkehr des Reichsaußenministers nach Genf ist bisher noch nicht in Aussicht genommen worden.

Das Reichskabinett beschäftigte sich neben dem Vortrag des Reichsaußenministers über die außenpolitische Lage mit einer Reihe innerpolitischer Fragen. Dabei behandelte es u. a. die Aufstellung bestimmter Richtlinien für die Laufbahn der Beamten, ein Thema, über das bereits seit vielen Jahren beraten wird und das nun in absehbarer Zeit zu einer Regelung gebracht werden soll.

In den Kreisen der deutschen Linken glaubt man aus der Tatsache, daß der Reichsaußenminister es vorgezogen hat, die heutigen Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten nicht mehr anzuhören, Vorwürfe gegen die deutsche Außenpolitik abzuleiten zu sollen.

Ferner hat sich das Kabinett mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigt, das der Präsident des Landgemeindeförderungsrates, Vizepräsident Dr. Grottel, vor einigen Wochen bei der Reichsregierung angeregt hat. Es handelt sich dabei um die Aufhebung künftiger Gemeindefürsorge für eine zusätzliche Vermehrung der Arbeit.

Seine Wirkung auf die übrigen Staaten nicht verfehlt, was sich auch daraus ergibt, daß man in bestimmten Pariser Blättern plötzlich etwas kleinlautere Töne anschlägt. Wenn allerdings der "Empire" glaubt, feststellen zu können, daß die Rede Herrriots, besonders auf die deutschen Zuhörer einen guten Eindruck gemacht hat, so ist der Genfer Berichterstatter des Pariser Blattes offenbar

Reform der Zentralinstanzen in Preußen

Berlin, 29. Sept. An den preußischen Regierungsräten finden weiterhin Erörterungen über die Fortführung der begonnenen Verwaltungsreform statt, und zwar steht u. a. auch die Reform der Zentralinstanzen zur Aussprache. In diesem Zusammenhang wurde der Gedanke erörtert, das preußische Landesministerium, das Volkswohlfahrtsministerium und das Landwirtschaftsministerium zu vereinigen, und zwar in einem preußischen Wirtschaftsministerium. Die Durchführung eines solchen Planes hätte gewisse Vorteile. Als Folge der Zusammenlegung könnten viele Fragen, die heute von verschiedenen Ministerien behandelt werden, von einem Ministerium erledigt werden.

Die Besprechungen werden am Freitag fortgesetzt werden.

Herriot-Rede ohne Neurath

Die Abreise des deutschen Reichsaußenministers aus Genf hat nicht nur im Völkerbund, sondern in der ganzen Welt als Sensation ersten Ranges gewirkt. Denn sie beweist, daß Deutschland nachdrücklich den Ernst der internationalen Lage scharf zu unterstreichen für nötig erachtet.

Die Antwort darauf war die ungläublich taktlose und verleumderische Rede des französischen Ministerpräsidenten Herrriot, in der dieser selbst sagte, er wolle, im Namen des waffenstarrten Frankreichs unseren Anspruch auf Gleichberechtigung in eine angeblich den Frieden Europas bedrohende Aufrüstung umzuwandeln und von geheimen Rüstungen Deutschlands zu sprechen, für die er noch heute den Beweis schuldig gelassen ist. Der durchsichtige Grund war, für das Frankreich so erwünschte Scheitern der Abrüstungskonferenz den angeblich deutschen Aufrüstungswunsch verantwortlich zu machen. Die gebührende Antwort auf diese Heuschrecke hat unterdessen der Reichskanzler selbst erteilt, indem er noch einmal in klarer und eindringlicher Sprache eine ausgezeichnete Darlegung des deutschen Standpunkts gab, die auch die volle Zustimmung derjenigen erhalten wird, die nicht in allen Punkten mit der außenpolitischen Linie des Herrn v. Neurath einverstanden sind. Sehr erfreulich ist vor allem, daß der Kanzler, dessen außenpolitisches Programm ja bekanntlich auf eine Verständigung mit Frankreich hinauszielt, nunmehr mit Nachdruck betont, daß Frankreich keine Verständigung wünscht.

Sehr klar und eindeutig wurde auch der infame Vorwurf zurückgewiesen, daß Deutschland nach einer den Frieden Europas bedrohenden Aufrüstung strebe. Demgegenüber stellt der Leiter der deutschen Außenpolitik nun schon zum dritten Male klar und fest, daß Deutschlands Ziel nicht Aufrüstung, sondern die Abrüstung ganz Europas und die Gleichberechtigung Deutschlands in den Methoden der Abrüstung und in der Bewertung der Rüstungsfaktoren bleibt. In einer Weise, wie seit 1918 noch niemals aus einem französischen Staatsmann gesprochen wurde, hat der Reichskanzler die französische Drohung, angebliche deutsche Geheimrüstungen zu enthüllen, offen als ein unlauteres politisches Manöver bezeichnet und darauf aufmerksam gemacht, daß auch von einem Dank für die Abseitsdrängung, den Herriot gefordert hatte, keine Rede sein könnte, wenn man um die Leiden der deutschen Bevölkerung unter dem Regime der fremden Besatzung wisse. Die Beachtung, die diese Erklärung in der Weltöffentlichkeit gefunden hatte, beweist Herrriot, daß seine Spekulation, Deutschland als den Schuldigen an dem Scheitern der Abrüstungskonferenz hinstellen, vorläufig gescheitert ist. Vielmehr steht Frankreich nun wiederum selbst als der Schuldige am Pranger der Weltöffentlichkeit. Schuld daran trägt die maßlose und mit den unfaubersten Mitteln arbeitende Politik Herrriots selbst.

Es ist begreiflich, daß Herrriot unter diesen Umständen das Bedürfnis fühlte, seinen etwas ramponierten Ruf als Paneuropäer und erprobter Friedensfreund wiederherzustellen. Das konnte nicht leichter geschehen, als durch eine Völkerbundssprache, bei der man obendrein dem deutschen Außenminister und der durch ihn vertretenen Nation gänzlich die Rolle des geübigen Zuhörers anweisen konnte. Dieser Entschluß Herrriots, zu sprechen, kam unerwartet. Vor der Antwort des Reichskanzlers, mit der man in Paris keineswegs gerechnet hatte, wurde von Seiten der französischen Delegation wiederholt und ausdrücklich erklärt, daß Herrriot nicht daran denke, in Genf zu sprechen. So er gab sogar zu verstehen, daß er nicht einmal ein Interesse an einer Aussprache mit der deutschen Delegation habe. Demgemäß unterhielten sich zwar die Franzosen mit allen anderen Völkerbundsmittgliedern sehr lebhaft, aber keiner ihrer Vertreter bemühte sich um eine Verbindung mit den Deutschen. Unter diesen Umständen war ein längerer Aufenthalt des Reichsaußenministers in Genf unnötig geworden. Es war seit Tagen bekannt, daß Freiherr v. Neurath am Mittwoch nach Berlin zurückkehren werde. Als aber der Hieb des Reichskanzlers sah, änderte der französische Ministerpräsident sein Programm und kündigte in letzter Minute an, daß er am Donnerstag in der Völkerbundversammlung zu sprechen gedenke. Der Grund dafür ist durchsichtig genug. Herrriot wollte die moralische Niederlage, die er durch die Antwort des Reichskanzlers erlitten hatte,

Rednermangel im Völkerbund

Die Freitag-Billigung verschoben

Genf, 29. Sept. Die an Freitag einberufene Billigung des Völkerbundes, in der die Hauptansprache weitergeführt werden sollte, mußte abgeseht werden, da außer dem Vertreter einer südamerikanischen Macht keine Wortmeldungen vorlagen.

Herriot vermittelt zwischen Rußland und Rumänien

Genf, 29. Sept. Ministerpräsident Herrriot empfing Donnerstagmorgen nach dem Außenminister der Türkei und Südwestens, ferner den Vertreter Rumaniens und den sowjetrussischen Außenkommissar Titinow. Die Unterredung Herrriots mit Titinow dauerte über eine Stunde. Herrriot erklärte nach den Unterredungen, daß er in den Besprechungen mit dem Vertreter Rußlands und Rumaniens in der Frage des Nichtangriffspaktes zwischen diesen beiden Ländern versucht habe, eine Angleichung herbeizuführen. Die verhandelt, sollen die Verhandlungen wesentlich gefördert worden sein, so daß mit einer baldigen Unterzeichnung dieses Paktes gerechnet werden kann.

Im Ausschuss für die Finanzierung des Völkerbundes und die Reorganisierung des Völkerbundsekretariats fand Donnerstagmorgen eine lebhafte Aussprache über die Verabreichung der Gehälter der Völkerbundsbeamten statt. Frankreich und die hinter ihm stehenden Staaten wandten sich dabei ebenso wie der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, gegen eine Herabsetzung der Gehälter. Der Redner der Tschchoslowakei forderte sogar,

daß der Grundlosh der "Geheimhalt der Verträge" auch auf die Beamtenegehälter angewendet werden sollte.

Die Vertreter Englands und Deutschlands traten für eine Herabsetzung ein. Deutscherseits wurde besonders betont, daß im Hinblick auf die dringend notwendigen geordneten Sparmaßnahmen eine Kürzung der Beamtenegehälter erforderlich sei. Der italienische Vertreter schlug eine Beschränkung der Zahl der Völkerbundsbeamten vor.

Das Bankgewerbe für das Wapen-Programm

Unterstützung zugesichert

Berlin, 29. Sept. Der Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes nahm heute unter dem Vorsitz von Dr. Georg Solmsen zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung. Man war einig in seiner Würdigung als einer mutigen, erfolgversprechenden Förderung der sich anbahnenden Wirtschaftsbiederung und eines verheißungsvollen Schrittes zur Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit.

Das Bankgewerbe für das Wapen-Programm

Unterstützung zugesichert

Ihre Überwindung könne nur gelingen, wenn der freien Wirtschaftsinitiative in möglichst weitestmögliche Raum zur Entfaltung gelassen und die zum Wohle der Gesamtheit erforderliche staatliche Einwirkung auf das notwendige Maß beschränkt wird. Die Vertreter des Bankgewerbes betrachteten es als Pflicht ihres Berufsstandes wie alle Glieder der deutschen Wirtschaft, sich mit voller Kraft für das Wapenprogramm einzusetzen und Einzelwünsche vor dem Wapenplan zurücktreten zu lassen. Der ingangene Maßnahmen werde aber nur dann Erfolg beschließen sein, wenn die Fundamente jeder Wirtschaftsführung

in vollem Umfang wieder hergestellt werden. Es bedeute eine Verkennung der Zusammenhänge, wenn man glaube, durch Iwanowitschew den Kapitalismus und administrative Freiheiten des Geldwesens den Kapitalismus weise an können, und es führe zur Vernichtung des deutschen Kredits, wenn Verträgeverhältnisse, die auf Treu und Glauben und rechtlichen Bindungen ruhen, willkürlich, je nach den Umständen wechselnden Eingriffen der Staatsgewalt unterliegen.

Pflicht des Bankgewerbes sei es, die mit der Ausgabe von Steuergutscheinen verfolgte Absicht der Wirtschaftsbiederung durch Erleichterung ihrer zweckmäßigen Verwendung zu fördern und insbesondere dafür zu sorgen, daß die Steuergutscheine ihre Aufgabe erfüllen, als Unterlage neuer Kreditverhältnisse zu dienen. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat Vorschläge gemacht, um auch kleineren Betrieben die alsbaldige Verwertung von Gutscheinen über Kleinere Beträge zu ermöglichen. Er hat mit der Reichsbank Verhandlungen eingeleitet, um Störungen der Kurbildung der Steuergutscheine vorzubeugen und dadurch ihre Beleihungsfähigkeit zu vergrößern.

wenn die Fundamente jeder Wirtschaftsführung

Heute: **Der D.N.-Kraffahrt**
Seite 13 und 14